

Europa als loyale Kritikerin der USA

Überlegungen zum Disput Amerika — Europa

QUELLE: NEUE ZÜRCHER ZEITUNG*

Von R. St. Palo Alto, im Juli

Anti Amerikanismus lautet der eine, Unilateralismus der andere Vorwurf. Ob schon Europa ohne Hintergedanken den Krieg der USA gegen den Terrorismus unterstützte, traten nach dem 11. September immer mehr Fragen auf, an denen sich die Geister scheiden. Eine Konfrontation wäre besser als die Verdrängung.

Im Frühling 2002 flogen Fetzen über den Atlantik, und man kann sagen, dass die amerikanische Publizistik den tatsächlichen und den vermeintlichen Anti Amerikanismen nichts schuldig blieb. Im Gegenteil: Kritik und Herablassung gegenüber Europa bewegten sich in Op-ed-Beiträgen selbst in Qualitätsblättern gelegentlich auf einem Niveau grobschlächtiger Vereinfachung, auf dem sonst die Boulevardpresse ihre Reviere hat. Die Leitartikler indes liessen sich kaum je auf solche Polemiken ein. Sie machten das konkrete Verhalten der Regierungen zum Massstab ihres Urteils, und dabei wurde mit Kritik an der eigenen nicht gespart. Indem sie die Alleingänge oder Kommunikationslücken des Weissen Hauses etwa in Sachen Strafgerichtshof, Klima- oder Entwicklungshilfepolitik tadelten, stellten sie sich faktisch auf die Seite der übrigen Welt. Von einer generellen Verächtlichmachung Europas kann nicht gesprochen werden. Eher hat es den Anschein, die besonnenen Beobachter wünschten, Europa möge mehr dafür tun, dass seine Ansichten weltweit respektiert werden.

Kriegseinstimmung

Grabgesänge auf die atlantische Allianz gab es zu allen Zeiten. Im Mai 1980 konstatierte die „Washington Post“, man bekomme sie in Abständen von 16

*Ressort Ausland, 3. August 2002, Nr. 177, Seite 7

Monaten zu hören. Wo denn geschrieben stehe, fragte damals Meg Greenfield, die Verwirklichung einer gemeinsamen Verteidigung, des wirtschaftlichen Wohlstands und die Aufrechterhaltung eines anständigen Umgangs untereinander seien einfach? Den Mühen zum Trotz wurden die Ziele unter sich wandelnden Gegebenheiten weiter verfolgt. Die neueren amerikanisch-europäischen Differenzen rühren einerseits daher, dass sich der militärtechnische Abstand zwischen den Vereinigten Staaten und Europa erheblich vergrößert hat, und andererseits, dass die USA zum ersten Mal in der Geschichte auf ihrem Kontinent von einem Angriff überrascht wurden. Im Bewusstsein ihrer militärischen Stärke und aus der Erfahrung ihrer historischen Entwicklung reagierten die Amerikaner anders, als die Europäer reagiert hätten: schärfer, kompromissloser, rachedurstiger.

Die Solidarität der Nato unmittelbar nach dem 11. September war willkommen, im Sinne einer moralischen Rückenstärkung. Die Bevölkerung begrüßte eine harte und entschiedene Antwort. Präsident Bushs Zustimmungsrate stieg von 40 auf 89 Prozent und hält sich bis heute in Höhen, die kaum einer seiner Vorgänger erreicht hat. Was die Aussenwelt über das Vorgehen in Afghanistan denken mochte, interessierte die Amerikaner nicht sonderlich, und nur ausnahmsweise wurde eine einzelne militärische Aktion öffentlich auf ihre Zweckmässigkeit hin überprüft. In Kriegszeiten kritisiert man die Regierung nicht. Um die These durchzusetzen, Amerika befinde sich im Krieg, bedurfte es keiner vertieften Überzeugungsarbeit. Auch zehn Monate nach dem Attentat haben viele Amerikaner die damit verbundene Kränkung nicht überwunden. Landauf, landab hat die Zahl der Flaggen und Wimpel an Autos, auf Fenstersimsen und auf Ladentischen im Gegenteil noch zugenommen. Neben der Devise «United we stand», die schon nach Pearl Harbor lanciert wurde, wurden so eigenartige Slogans geprägt wie «Der Stolz der Macht».

Gelten die Beobachtungen von 1980 heute noch, oder ist die Nato nach dem Afghanistan-Feldzug ein künstlich am Leben gehaltener Mythos, wie man es im Pentagon hören kann? Die Vereinigten Staaten wollten Taliban und al-Kaida allein zur Strecke bringen, um, wie man dort sagte, eine Kriegführung durch Komitees wie in Kosovo zu vermeiden. Wesley Clark, der Nato-Oberkommandierende während des Kosovo-Feldzugs, ein überzeugter Befürworter der Allianz, tritt dieser Darstellung entgegen: Während des Kosovo-Feldzugs hätten zwar zu viele Leute hineingeredet, aber nicht im Nato-Hauptquartier in Brüssel, sondern in Washington. Tatsache bleibt, dass Washington für die Operationen in Afghanistan die Fäden in der Hand behalten wollte und General Tommy Franks sein Hauptquartier abseits der diplomatischen Heerstrassen in Florida aufschlug. Die amerikanischen Streit-

kräfte unternahmen die ersten Operationen allein, erst im späteren Verlauf nahmen Engländer und Franzosen daran teil. Dennoch war der Beitrag der Allianzpartner keineswegs zu vernachlässigen. Rechnet man die friedenserhaltenden und die Kampftruppen zusammen, stellten Europäer und Kanadier im Frühling 2002 in Afghanistan ungefähr gleich viele Soldaten wie die Vereinigten Staaten.

Bündnisse nötiger denn je

Auf dem Balkan macht derzeit das amerikanische Kontingent noch etwa ein Sechstel der stationierten Truppen aus. Dort wie am Hindukusch waren die Aufgaben der Europäer weniger spektakulär, dennoch sind sie ihnen nach dem Urteil amerikanischer Militärpublizisten vollauf gerecht geworden. In Kosovo scheuten sie sich nicht, sich Hände und Füße schmutzig zu machen (derweil die US-Air Force aus der Höhe Bomben abwarf), und widerlegten die leichtfertige Behauptung, sie seien blosse Schönwetterfreunde. Über den militärischen Aspekt hinaus stärkt die Allianz (oder im Fall Afghanistans die Koalition) die politische Legitimation militärischer Operationen, begünstigt den Nachrichtenaustausch und ermöglicht die Grundsteinlegung für einen Wiederaufbau. Die Vereinigten Staaten können nach General Clark im Kampf gegen den Terrorismus noch weniger auf Verbündete verzichten als bei den militärischen Operationen im 20. Jahrhundert, und als Partner seien Kanadier und Europäer immer noch die erste Adresse. Die Praktiker beurteilen das transatlantische Verständnis wesentlich besser als die Ideologen einerseits, die breite Masse andererseits.

Das transatlantische Unbehagen hat seine Wurzel deshalb weniger in der realen Zusammenarbeit als im Niederschlag, den die Ereignisse hinterlassen haben, und in den Erfolgchancen, die man einem Ausrottungskampf gegen den Terror einräumt. Viele Europäer hatten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts leidvolle Erfahrungen mit dem Terrorismus: die Franzosen wegen Algerien, Deutsche und Italiener mit Extremisten vor allem der Linken. Die Ziele waren nicht so hoch gesteckt wie jene der Kaida, aber immer wieder gerieten Exponenten des Staates und der Gesellschaft in den Brennpunkt der zur Gewalt entschlossenen Extremisten, von Charles de Gaulle über Jürgen Ponto bis zu Aldo Moro. In Spanien und auf der irischen Insel dauerten die terroristischen Umtriebe bis in die jüngste Zeit an, in Irland lange Zeit mit privater Unterstützung aus den Vereinigten Staaten, die sich damit nach Präsident Bushs neueren Vorstellungen der Komplizenschaft schuldig gemacht hätten.

Hobbes gegen Kant

Die Notwendigkeit des Kampfs gegen den Terrorismus wird von den Europäern nicht in Frage gestellt. Die Geister scheiden sich am Aufwand, der dabei betrieben werden soll, an der Einschätzung der Erfolgsaussichten und an der unbegrenzten Dauer des Unternehmens, das die Amerikaner als Krieg bezeichnen und als Aufgabe einer Generation betrachten. Die Europäer wollen destabilisierende Auswirkungen auf ganze Regionen verhindern, die Amerikaner nehmen sie notwendigenfalls in Kauf. Die Prioritäten entsprechen wiederum den historischen Erfahrungen der Völker und den gegenwärtigen Handlungsmöglichkeiten.

Kürzlich nannte der Politologe Robert Kagan in einem Essay das europäische Verhalten kantianisch, weil es nach Recht, Ausgleich und Frieden strebe, wogegen die Amerikaner in einer anarchischen, von Hobbes'schem Machtdenken geprägten Welt lebten. Kagan hält diese Zuordnung nicht für naturgegeben: Bis zum Ersten Weltkrieg hätten im Gegenteil die Vereinigten Staaten versucht, das internationale Zusammenleben durch Verträge zu regeln, während die europäischen Mächte nach der Staatsräson handelten. Der Autor meint, es wäre besser, das rhetorische Stereotyp von den im Grunde übereinstimmenden Ansichten zwischen dem alten Kontinent und den Vereinigten Staaten aufzugeben und die Unterschiede in den Anschauungen und Entwicklungen zu analysieren. Auf diese Weise entstünde eine Allianz, die den Interessen beider Seiten besser entspräche.

Absenz von mässigenden Kräften Zu den Konstanten der Auseinanderentwicklung gehört das Verhältnis zur Religion. Europa ist bis in einst tief katholische Länder wie Italien hinein eine agnostische Landschaft. Die überwiegende Mehrheit der Amerikaner ist gottgläubig, ein grosser Teil ist in einer religiösen Gruppe aktiv. Die religiösen Bewegungen sind eine politische Macht; es ist unverkennbar, dass konservative kirchliche Kreise den Präsidenten Bush in ihr Schlepptau nehmen wollen. Die Religiosität nimmt zu, und in letzter Zeit gab es Versuche, die Trennung zwischen Staat und Kirche zu relativieren. Die katholische Kirche spielt hier derzeit keine herausragende Rolle. Nach der Flut von Sexualskandalen, der aufgeblähten Berichterstattung darüber und in Ermangelung einer Leitfigur ist sie in der Defensive.

Damit fehlt im gesellschaftlichen Gefüge eine mässige Kraft: Die katholische Kirche war die mächtigste Gegnerin der Todesstrafe; die Barmherzigkeit lag ihr näher als der Mehrzahl der protestantischen Kirchen, in Fragen wie Sexualmoral und Abtreibung sind einige protestantische Kirchen militanter

konservativ als die katholische. Durch eigenes Verschulden beziehungsweise Verschulden zahlreicher Würdenträger ins Abseits geraten, vermag sie derzeit ihre universalen Werte nicht zu transportieren. Die vom Denken der Neuen Welt geprägten Konfessionen wie Baptisten und Mormonen haben Oberwasser.

Die Scheidung in Gut und Böse

Ob die nach dem 11. September vollzogene Scheidung der Welt in Gut und Böse religiösen oder einfach den gesellschaftlichen Vorstellungen entspricht, bliebe zu untersuchen; so oder so haben Europäer Mühe, sie nachzuvollziehen. Doch in den Vereinigten Staaten stiess Präsident Bushs Aussage über die «Achse des Bösen» ausser bei einer politisch interessierten Schicht an der Ostküste auf wenig Widerspruch. Sie wurde als Kennzeichnung des Feindes verstanden und genügte als solche auch in ihrer Undifferenziertheit. Mindestens derzeit sehen die Amerikaner die Bekämpfung des Terrorismus als eine Aufgabe, als eine Herausforderung, der sich eine grosse Nation stellen muss und hinter die alle andern Aufgaben zurücktreten. Die nie vorgenommene Definition ermöglicht eine Ausweitung des Terrorbegriffs.

So sind verschiedene Meinungsmacher dazu übergegangen, Yasir Arafat als Terroristen zu bezeichnen. Das Weisse Haus machte kurz vor dieser Bezeichnung Halt, aber der Prozess einer schleichenden Disqualifizierung ging weiter. Die republikanische Administration hat durch ihre Parteinahme für Ariel Sharon bisher nicht mehr erreicht als Bill Clinton mit seinen forcierten und in Bezug auf die Grundlage fragwürdigen Verhandlungen. Was man immer von Arafat halten mag, die Palästinenser sind ein von den Folgen einer langen Unterdrückung gezeichnetes Volk und nicht ein Haufen verführter oder wild gewordener Koranschüler.

Warnungen zu wenig konkret

Der 11. September war für die Amerikaner eine Kränkung und eine Kriegserklärung. Wie man heute weiss, wurde die Regierung von den drei gelungenen und dem vierten, durch die Entschlossenheit von Passagieren abgewendeten Attentat nicht so völlig überrascht, wie es zunächst den Anschein hatte. Warnungen über einen Anschlag hatte es seit Ende Juni 2001 gegeben, ein FBI-Agent in Phoenix meldete im Juli, amerikanische Flugschulen würden von einer übermässig grossen Zahl von Arabern besucht. Anfang August wurde Präsident Bush von der CIA darüber informiert, das Terrornetz von Usama bin Ladin, das bisher Botschaften in die Luft gesprengt hatte, bedie-

ne sich nun der Methode der Flugzeugentführungen. Die einzelnen Hinweise von FBI, CIA und Flugsicherheitsbehörde waren zu wenig konkret, als dass man die Bevölkerung in erhöhte Alarmbereitschaft versetzen mochte, wie dies Präsident Clinton beim Jahreswechsel 1999/2000 getan hatte. Vor allem aber wurden die Mosaiksteine der Information nicht zusammengefügt. Die Regierung hatte, wie sich Sicherheitsberaterin Rice ausdrückte, die Verwendung von Passagierflugzeugen zum Zweck der Zerstörung nicht vorausgeahnt; die Möglichkeit einer mit Erpressung verbundenen Flugzeugentführung habe eine allgemeine Mobilmachung nicht gerechtfertigt. Die Haltung ist verständlich.

Sicherheit vor allem

Doch gerade die Republikaner konnten unmöglich den Vorwurf auf sich sitzen lassen, das Land ungenügend geschützt zu haben - sie waren angetreten, die unter den Demokraten eingerissenen Nachlässigkeiten zu beenden. Die vorherige Unterschätzung der Gefahr bewirkte umso schärfere Massnahmen zur Abwendung weiterer Angriffe. Die Gelegenheit war günstig. Nicht nur das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung wuchs schlagartig an, sondern auch der Wille, Flagge zu bekennen, dem Verbrechen entgegenzutreten. In einer mehr auf das Praktische als auf den geistigen Überbau orientierten Nation erhielten die mit der Gewährleistung der Sicherheit verbundenen Berufe eine enorme Aufwertung, zuerst hinsichtlich des Ansehens in der Gesellschaft, dann auch in Bezug auf die Entlohnung. In der Skala der öffentlichen Achtung stehen Feuerwehrleute seit dem 11. September weit vor Politikern, Geschäftsleuten, Journalisten, gelegentlich sogar vor Ärzten. Mit einem Ethos, das man nur in den Balladen Schillers zu finden glaubte, hatten Hunderte von New Yorker «Firefighters» ihr Leben aufs Spiel gesetzt, um andere Leben zu retten, und waren dabei selbst umgekommen. Hier und in der Reaktion der Bevölkerung zeigte Amerika, welche ursprüngliche Kraft in ihm steckt.

Auch die Soldaten, deren Beruf angesichts der hohen Technisierung doch etwas weniger gefährlich ist, werden hoch geschätzt. Sie erhielten die dritte Lohnerhöhung in zwei Jahren. Im Verteidigungsbudget 2003 werden die Personalkosten für die Streitkräfte mit 94 Milliarden Dollar veranschlagt; das sind 20 Prozent mehr als im Jahr 2000. Ein Soldat mit guter Spezialausbildung verdient mehr als ein Universitätsprofessor. Militärpublizisten haben die abermalige Lohnerhöhung als übertrieben bezeichnet, die Öffentlichkeit nahm jedoch nicht merklich daran Anstoss. Die Verteidigungsausgaben insgesamt wachsen ebenfalls rasant. Im letzten Budget der Administration Clinton lagen sie bei 280 Milliarden Dollar; für 2003 wurden deren 396 beantragt, und für 2007 sieht die Planung derzeit 470 Milliarden vor. Im Vergleich da-

zu beliefen sich alle übrigen Nato-Verteidigungsbudgets zusammen im Jahre 2002 auf rund 180 Milliarden Dollar. Der Krieg in Afghanistan kostete bis Anfang Januar 3,8 Milliarden, zusätzlich wurden 2,6 Milliarden für die sogenannte Homeland Defense ausgegeben. Die Terrorbekämpfung ist demnach höchstens indirekt kausal für die enorme Steigerung; sie entspricht einer allgemein veränderten Prioritätensetzung. Bei seinem Rücktritt vor 41 Jahren warnte Präsident Eisenhower vor dem Überhandnehmen der Logik des militärindustriellen Komplexes. 1955 in Genf nannte der Ex-General die Suche nach Frieden die anspruchsvollste Aufgabe für einen Staatsmann. Seit der Planung des Verteidigungsministeriums sind einige Monate vergangen, und der wirtschaftliche Abschwung hatte einen eklatanten Rückgang der Steuereinnahmen zur Folge. Die Aufrechterhaltung aller Projekte ist (oder wäre) für die Bürger mit schmerzlichen Schnitten verbunden.

Kritik und Alternative

Die Operation gegen die Taliban und die Kaida war nach allgemeiner Auffassung vom militärischen Standpunkt aus ein Erfolg, auch wenn der als der Hauptschuldige bezeichnete Usama bin Ladin nicht gefangen wurde. Zwischen 8000 und 12 000 Feinde wurden getötet, 7000 gefangen genommen. Die eigenen Verluste der hoch technisierten amerikanischen Streitkräfte liegen derzeit bei ungefähr 40. Ähnliche Zahlen liefert nur Plutarch bei der Beschreibung des Siegs von Sulla über den trunkenen Marius in Praeneste (Palestrina), und jedermann weiss, dass in Rom die Sieger die Zahlen immer geschönt haben. In Afghanistan gab es einige weniger edle Nebenaspekte. Nach amerikanischer Schätzung verloren rund 1000 Zivilpersonen ihr Leben. Was die Gefangenen angeht, weigerte sich das Verteidigungsministerium zuerst, sie als Kriegsgefangene zu behandeln, obschon niemand anders als Washington die Vergeltungsaktion als Krieg bezeichnet hatte. Die Haltung wurde später korrigiert.

Dass sich in Washington niemand bemüssigt fühlte, sich für die zivilen Opfer zu entschuldigen und von internationalen Regeln abweichendes Verhalten wenigstens zu begründen, trug der Regierung wie etwa beim Rücktritt vom Kyoto-Protokoll den Vorwurf der Arroganz ein. In Wirklichkeit scheint Washington zu fürchten, solche Erklärungen könnten als Schwäche ausgelegt werden und zu einem Abbröckeln der inneren Front führen. Verfechter der «radikalen» Linie machen geltend, mit der Zeit werde sich die Richtigkeit dieser unbekümmerten Politik herausstellen; die Proteste gegen die Aufkündigung des ABM-Vertrags seien rasch verstummt. Das ist richtig, aber Bush hatte Russland eine Gegenleistung anzubieten. Es ist fraglich, ob die

einem gesteigerten amerikanischen Selbstwertgefühl Rechnung tragende Regierung anders kann, als ihre Politik des weder nach rechts noch nach links Schauens fortzusetzen.

Kritische Freundschaft

Wird das amerikanische System den Herausforderungen an eine Supermacht gerecht? Vor bald fünfzig Jahren sagte Golo Mann in einem Vortrag über Tocqueville: «Es könnte nichts Schlechtes über Amerika gesagt worden sein, was nicht von Amerikanern selbst gesagt worden wäre; wenn ihre Anklagen nur immer fundiert waren, nur irgend aus gutem Willen kamen, dann sind sie . . . auf die Dauer nicht ohne Wirkung gewesen.» Die Behauptung hat sich in diesem Jahr bewahrheitet, als die Kritik an den Militärgerichten die Behörden zur Abänderung der entsprechenden Verordnung veranlasste; auch die Sache mit dem Kriegsgefangenenstatus liess sich Rumsfeld ein zweites Mal durch den Kopf gehen, als er das IKRK auf Guantánamo an der Arbeit gesehen hatte. Kritik ist notwendig, loyale Kritik, zu der vor allem Europäer aufgerufen sind, umso mehr. Das System der Vereinigten Staaten besitzt eine Selbstreinigungskraft, doch sie muss gelegentlich etwas angeschoben werden. Die grossen Linien können kaum korrigiert werden, wohl aber Auswüchse und Härten beseitigt. Und jedes vierte Jahr wird gewählt.

Alternativen?

Wäre nach dem 11. September eine andere Politik möglich gewesen? Die Frage wird in den Think-Tanks zumindest öffentlich nicht erörtert, und erstaunlicherweise hat keiner der Demokraten, die in zwei Jahren George W. Bush herausfordern wollen, ein alternatives Vorgehen skizziert. Al Gore, der unglückliche Verlierer des Jahres 2000, hat bisher als Einziger die gegenwärtige Politik in ihrer Gesamtheit kritisch analysiert. Im Wesentlichen legte er dar, das Weisse Haus müsse sich mehr um medizinische Versorgung, Sicherung der Pensionen und gute staatliche Schulen kümmern; das wäre mit Abstrichen an den Rüstungsprogrammen verbunden. Die Demokraten hätten sich vermutlich mehr vom Kongress drängen lassen als selbst die Initiative ergriffen. Hingegen ist unvorstellbar, dass sie es angesichts der Schläge ins Herz der Republik (hatte das vierte entführte Flugzeug ein noch wichtigeres Objekt zum Ziel als die andern drei?) und der zunächst vermuteten 6000 Todesopfer wie ehemals mit dem Abschuss einiger Cruise-Missiles hätten bewenden lassen.

Ob die Aktion mit der gleichen Entschlossenheit durchgezogen worden wäre,

bleibt offen; dass die Partner etwas freundlicher begrüsst worden wären, ist anzunehmen. Die relevanten Beschlüsse wären dennoch im Weissen Haus gefallen. Viele Entscheidungen, die die historischen Entwicklungen massgebend bestimmten, waren im Grunde zweifelhaft, vom Bürgerkrieg, der zu ungeheurer Grausamkeit führte, bis zu den Atombombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki.